

Stellungnahme des ICP:

Herausforderungen des Schweizer Muslimdialogs aus Sicht der Konfliktforschung

Die Gestaltung von Dialogprozessen für soziale Gruppenkonflikte ist heute ein Forschungsgegenstand im Feld der Konfliktforschung. Insbesondere bei vertrackten, identitätsbasierten Konflikten ist das Design und die fachliche Begleitung von Prozessen entscheidend, um kreative Lösungen zu finden und sozialen Wandel herbeiführen zu können. Bei komplexen Konstellationen und tiefsitzenden Annahmen und Haltungen, wie beim Fall des Schweizer Muslimdialogs, sind die potentiellen Fehlerquellen besonders zahlreich. Beobachter und Insider berichten von sich verhärtenden Fronten. Der vorliegende Artikel analysiert die Herausforderungen des Muslimdialogs aus Sicht der Konfliktforschung.

Der Aufbau gegenseitigen Vertrauens ist sowohl Bedingung wie auch Resultat eines erfolgreichen Dialogprozesses. Transparenz und Klarheit sind dafür unerlässlich. Dies beginnt bei der Rollenklärung: Was sind die Intentionen, Erwartungen und Bedürfnisse der Parteien und lässt deren Vielfalt überhaupt einen sinnvollen Dialog zu? Wer vertritt welche Zielgruppe und was sind die Teilnahmebedingungen? Hisham Maizar, Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) kritisiert die mangelnde Unterscheidung zwischen Partikularinteressen und allgemeinen Zielsetzungen¹ einiger Teilnehmer. Dies scheint auf die grossen Unterschiede zwischen den von den Teilnehmenden vertretenen Zielgruppen hinzuweisen. Einige vertreten Föderationen, anderen einzelne Vereine oder Moscheen und nochmals andere nehmen individuell teil. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Intentionen und eingebrachten Bedürfnisse. Dies wird noch verstärkt durch die theologische Diskrepanz. Es darf angenommen werden, dass auf der Seiten der Muslime, wie auch gegenüber dem Bundesamt für Migration, welches die Gespräche leitet, ziemliche Uneinigkeit über die Ziele des Dialogs und die Bedürfnisse der Muslime in der Schweiz besteht. Hier einen minimalen Grundkonsens innerhalb der Muslime herzustellen, wäre eine Vorbedingung für einen Dialog mit dem Schweizer Staat.

Ebenfalls unklar scheint die Rolle des Bundesamts für Migration, respektive des Departements für Justiz und Polizei. Repräsentiert es die nicht-muslimische Schweizer Bevölkerung in der Fragestellung „Muslime in der Schweiz“ und wäre somit Konfliktpartei, oder sieht es sich als Initiator und Fazilitator eines inner-muslimischen Dialoges? In der Praxis werden gute Erfahrungen gemacht wenn die Betroffenen die genaue Rolle des Initiators im Prozess gemeinsam bestimmen.

Der aktuelle Stand der Konfliktforschung besagt, dass ein minimaler Konsens innerhalb der Parteien notwendig ist, um die Gefahr der Eskalation interner Konflikte bei der Konfrontation mit der Gegenpartei möglichst klein zu halten. Dieser Konsens kann entweder in einer Vorphase oder während eines Parallelprozesses hergestellt werden. Beides hat in diesem Fall nicht stattgefunden und eine Verhärtung der Fronten zwischen verschiedenen theologischen Verständnissen der Muslime – hauptsächlich zwischen Praktizierenden und Nicht-Praktizierenden – ist deutlich erkennbar. Dies erinnert an erbitterte Debatten in der islamischen Welt und stellt wahrscheinlich die grösste Herausforderung in der aktuellen Phase des Dialogs dar. Massnahmen, die dieser Entwicklung entgegenwirken, sind nicht nur für den offiziellen Muslim-Dialog sondern auch für den inner-muslimischen Religionsfrieden in der Schweiz von grösster Wichtigkeit. Die Verantwortung dafür liegt bei den Betroffenen und den Fazilitatoren...

Pascal Gemperli 18.6.2010

¹ Gerechtigkeit für Schweizer Muslime, NZZ Online, 8. Juni 2010